VAdM–Kurier

16-02. Ausgabe: November 2020
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e.V.

Herzlich willkommen zur 16-02. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im November 2020

Inhalt:

Editorial	Seite 1
Viktor Wuchrer: Kaukasuskonflikt	Seite 2
ASP: Kollateralschaden der Globalisierung	Seite 2
Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern	Seite 3
Leseprobe: Norbert von Handel (Teil 2)	Seite 4
Königsberger Marzipan	Seite 4
Polen 1920: Brutale Verdrängung	Seite 5
Die gespaltenen Wurzeln der EU: A. DeGasperi	Seite 6
Erinnerung an Adam Müller-Guttenbrunn (Teil 6)	Seite 7
Die Wolgadeutschen 1920 (Teil 7)	Seite 7
Königsberg: Die historische Mitte der Stadt	Seite 8
In eigener Sache	Seite 9

editorial

„An ihren Taten sollt ihr sie erkennen“ hießt es in der Bibel (1. Johannes 2,1-6): Nach gewonnenen Wahlen, wie derzeit in den USA, gilt es besonders, darauf zu achten.

Nach ein paar Spiegelfechtereien wird in den USA Donald Trump den Präsidentensessel räumen. Egal wie die Historiker darüber urteilen werden: Seine Sprunghaftigkeit wird Geschichtsbände füllen, aber eines wird man ihm nicht absprechen können, seine Wahlversprechen hat er eingehalten. Der unverwechselbare Stil seiner „Deals“ hat die Weltpolitik der letzten vier Jahre geprägt: Selbst liberale Journalisten sind zwischenzeitlich überzeugt, der *Trumpismus* wurde zu einer politischen Konstante.

Als Mitteleuropäer ist man an dem Vorgehen der USA in Osteuropa schier verzweifelt: Die Verlegung von weiteren US-Truppen nach Polen und das Baltikum hatte nur ein Ziel, die russische Großmacht zu provozieren und damit auch ein Teil gefügiger zu machen. Diese NATO-Krise, die Nahostfrage und der Chinahandel sind ungelöst; diese hätte Trump vermutlich in einer zweiten Präsidentschaft entwirrt.

Dem „elected president“ Joe Biden kann man nur eine glückliche Hand wünschen.

Die schwierige und politisch prekäre Lage der deutschen Minderheiten weltweit war für Trump kein Thema. Da die Partei der Demokraten sich dem Schutz aller Minderheiten verschrieb, hat Biden hier ein *weites* Aufgabenfeld.

Vadim Derksen *Herbert Karl*

Nikolaiken am Talter Gewässer (Kreis Sensburg)

Ostpreußen

in Farbe 2020

Orion-Heimreiter-Verlag

Aktualität

Kaukasuskonflikt: „Jeder Tag kann der letzte sein“
Interview mit Viktor Wuchrer,
Auszüge aus der Preußische Allgemeinen Zeitung (PAZ) vom 16. Oktober 2020:

Viktor Wuchrer ist ein „deutschstämmiger Oberstleutnant i.R. der armenischen Streitkräfte, zum Krieg um Bergkarabach Viktor Wuchrer wurde 1949 während der Deportation der Russlanddeutschen in Tscheljabinsk in Sibirien geboren. Der Vater war Katharinenfelder aus dem Kaukasus, die Mutter Wolgadeutsche. Mit ihnen zog er 1956, da sie nicht mehr in ihre Heimat Katharinenfeld in Georgien zurück durften, nach Noyemberyan in Armenien. [. . .] Nachdem Armenien die Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde er nicht nur Vorsitzender der Vereinigung der Armeniendeutschen „Teutonia“ [. . .]

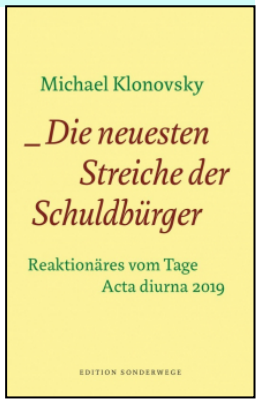
Herr Wuchrer, weshalb kommt gerade jetzt dieser Krieg um Bergkarabach, nachdem der Waffenstillstand 26 Jahre mehr oder weniger gut oder schlecht gehalten hatte?

> Der Konflikt um Karabach ist schon sehr alt. Er stammt aus der Stalinzeit, als es in der Sowjetunion erstmals eine Teilrepublik Aserbaidschan gab, Armenien gibt es ja als Staat schon seit 4000 Jahren. Stalin hat Aserbaidschan Karabach geschenkt, obwohl dort fast keine Aserbaidschaner leben. Als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 sich erstmals ein unabhängiger Staat Aserbaidschan gebildet hatte, proklamierten die Karabach-Armenier auch den Staat Karabach. Diesen Unabhängigkeitswillen der Karabacher hat Aserbaidschan nicht anerkannt. Aserbaidschan allein hätte es jedoch nicht gewagt, jetzt allein militärisch gegen Karabach und Armenien vorzugehen, denen steckt noch die Niederlage von 1994 in den Knochen. Erst die unkonditionierte Beistandszusage der Türkei und die enorme technische Aufrüstung durch Israel und Russland haben die Aserbaidschaner dazu verleitet, jetzt mit Rückendeckung Erdoğans loszuschlagen.

Was könnte Erdoğan veranlasst haben, gerade jetzt, nach vier anderen Konflikten, auch seinen vielleicht heißesten und gefährlichsten mit Armenien zu riskieren?

> Die Türkei fühlt sich, nachdem sie bei vielen Konflikten die Oberhand behalten hat, in Syrien, Irak, Libyen, Zypern und gegen Griechenland, sehr stark. Deshalb hat Erdoğan jetzt das totale Beistandsversprechen an den Präsidenten Aserbaidschans Älijew und somit grünes Licht gegeben. Die Türkei war sehr erschrocken, als sie 1991 plötzlich einen Staat Armenien und nicht mehr die Sowjetunion als Nachbarn hatte. Ein Staat kann sehr viel besser auf internationaler Ebene Gerechtigkeit für das Menschheitsverbrechen, das den Armeniern 1915 von den Osmanen angetan wurde, einfordern. Für Erdoğan war es auch eine Art Entlastung, jetzt die Aserbaidschaner loszuschicken, denn diese, mit denen die Armenier in der Sowjetzeit eigentlich gut zusammengelebt haben, müssen nicht das Trauma eines uneingestandenen Völkermords verarbeiten, das die Gewissen unbewusst zerfrisst. Seine Gewissensbisse bekämpft Erdoğan mit weiteren Drohungen, bis hin zu der Drohung, den Genozid von 1915 zu vollenden. Aserbaidschaner und Türken sprechen zwar dieselbe Sprache, aber die Aserbaidschaner sind Schiiten und die Türken Sunniten. Die alevitischen Schiiten in der Türkei zum Beispiel hatten sich 1915 nicht am Völkermord beteiligt, sie haben sogar Armenier gerettet [. . .]“

Preußische Allgemeine Zeitung Nr. 47, 20. November 2020, S. 2
„AUSBREITUNG
Kollateralschaden der Globalisierung
Ohne den Menschen und dessen Mobilität hätte sich das Virus nicht derart schnell weltweit ausbreiten können



Die schnelle weltweite Verbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) resultiert ebenso aus der Globalisierung wie die Pandemien beim Menschen. Die befallenen Tiere selbst tragen das Virus nur zu Lande und sehr langsam weiter – mit etwa 25 Kilometern pro Jahr. Dass die ASP nun von Afrika aus auf andere Kontinente gelangen konnte, hat ausschließlich der Mensch zu verantworten. Beispielsweise dadurch, dass das Virus an seinen Schuhsohlen oder Fahrzeugreifen auf Reisen ging. Am riskantesten ist das Mitführen von infizierten Schweinefleischprodukten. In einem Schinken kann der ASP-Erreger nahezu 400 Tage überstehen und in tiefgefrorenem Fleisch sogar länger als sechs Jahre. *(Fortsetzung Seite 3)*

(Fortsetzung von Seite 2)

Das ASP-Virus wurde 1921 in Kenia entdeckt und in Europa erstmals 1957 in Portugal nachgewiesen.
Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts kam es dann wiederholt zu kurzzeitigen, bald wieder auslaufenden Seuchenwellen in Lateinamerika und der Karibik sowie auch in Frankreich, den Niederlanden und auf der Iberischen Halbinsel. Seit Mai 2007 scheint die ASP nun auf Dauer in Europa Fuß gefasst zu haben. Von Georgien aus in die Welt Ausgangspunkt war in diesem Falle der georgische Schwarzmeerhafen Poti. Höchstwahrscheinlich sind dort kontaminierte Nahrungsmittelabfälle afrikanischen Ursprungs auf illegale Weise entsorgt worden. Von hier aus breitete sich das Virus kontinuierlich aus und erreichte nach und nach weitere Länder: 2007 Armenien und Russland, 2012 die Ukraine, 2013 Weißrussland, 2014 Litauen, Lettland, Estland und Polen, 2017 die Tschechei und Rumänien, 2018 Ungarn, Bulgarien, Belgien und Luxemburg, 2019 Serbien und die Slowakei, im Februar dieses Jahres Griechenland sowie schließlich im September nun auch Deutschland. Die meisten Fälle wurden bisher in Ungarn mit 3665 und Polen mit 3655 bis einschließlich 13. November registriert, wobei in aller Regel Wildschweine betroffen waren.
Die befallenen Tiere selbst tragen das Virus nur mit etwa 25 Kilometern pro Jahr weiter
Darüber hinaus trat die Afrikanische Schweinegrippe seit August 2018 kurz nacheinander in zahlreichen außereuropäischen Staaten auf, was ebenfalls ein Novum darstellte. Betroffen waren beziehungsweise sind noch immer fast alle Provinzen Chinas einschließlich Tibet, Nord- und Südkorea, die Mongolei, Vietnam, Laos, Myanmar, die Philippinen, Indien sowie Indonesien. Und die Tierseuche grassiert nun auch in den bislang ASP-freien afrikanischen Staaten Ghana, Togo, Namibia und Südafrika. Das Virus vermochte es also durch den Menschen und die Globalisierung, in Windeseile Hunderte von Kilometern zu überwinden. W.K“.

Angesichts der sich aktuell verschärfenden Weltwirtschaftskrise wollen wir einen Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise (WWK) 1929 im Osten Europas werfen.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern
Teil 5

Nach der Preisgabe des Goldstandards durch die Briten – im September 1931 – fanden intensive Verhandlungen zwischen der Bank of England und der Banque de France statt; es ging um das Ordnen der *europäischen* Finanzmärkte und die Ausarbeitung einer Strategie bevor es mit dem amerikanischen Gläubiger zu der großen Auseinandersetzung kam, denn dieser mußte eingebunden werden; das französische Finanzministerium hatte „eine konkrete Konzeption zur Vorbereitung einer großen internationalen Konferenz über die monetären und finanziellen Probleme in Form eines ausführlichen Memorandums ausgearbeitet“ (Girault, René: Korreferat zu Jacques Bariéty, in: Becker/Hildebrand, S. 389); diese kam dann 1932 in London zu Stande; dabei war das *Donauproblem* nur ein Teilaspekt, allerdings das dringlichste, denn diese Länder standen kurz vor dem Staatsbankrott.

Die Engländer F. Leith-Ross und Sir Otto Niemayer, sowie der amerikanische Experte Norman Davis kamen nach Paris. Frankreich, Großbritannien und die USA waren weltweit die einzigen Länder, die noch über *flüssiges* Kapital verfügten. Aus französischer Sicht wollte man sich aber vorher noch speziell mit den Briten abstimmen; dabei war der, letztlich gescheiterte Tardieu-Plan, nur ein, wenn auch ein recht wesentlicher Aspekt eines englisch-französischen gemeinsamen Vorgehens. Ein wesentlicher Punkt, an dem aber alle Gemeinsamkeiten scheiterten, waren die *diametral* gegensätzliche Standpunkte in der Finanzpolitik beider Länder. Die Briten vertraten den Standpunkt, daß alle europäischen Währungen *unbedingt abgewertet* werden müßten, *beginnen* sollte man mit den Währungen der Donauländer, auch die restlichen Europäer sollten dem britischen Beispiel folgen. Bis dahin gäbe es keine finanzpolitische Verständigung. Allerdings wollte London den „Sterling-Block“ *nicht* aufgeben.

Die Franzosen waren noch 1932 der Ansicht, über genügend finanzielle Reserven zu verfügen, um im Rahmen des „Franc-Blocks“ Stabilitätspolitik betreiben zu können. Die Donauländer, Deutschland nicht ausgeschlossen, sollten sich auf den französischen Block stützen – ein wirtschaftlicher Aspekt *politischer* Hegemonie. Unter diesem Aspekt fanden Geheimverhandlungen deutscher und französischer Industrievertreter statt; dabei wurden nicht nur wirtschaftliche, sondern auch finanzielle und politische (Abrüstung und polnische Problematik) Fragen erörtert, was auf die Seriosität dieser Verhandlungen hindeutet; man kann dabei von einem *zweiten* Locarno sprechen (Girault, in: Becker/Hildebrand, S. 391).

Der Völkerbund billigte am 29. Februar 1932 „einen äußerst pessimistischen Bericht“ des Finanz-Komitees, der die Aufmerksamkeit der Völkergemeinschaft auf die katastrophale Finanzlage Österreichs und Ungarns lenken sollte. Hier hatte sich die Handelskrise in eine *Finanzkrise* ausgeweitet; man empfahl die „Errichtung einer neuen Handelsordnung zwischen diesen Staaten und ihren Nachbarn“ (Bariéty, in: Becker/Hildebrand, S. 374f.).

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Norbert von Handel: Europa neu denken, in: Nachdenken *für* Deutschland, 2. Aufl., 2019, S 58f.

Eine Leseprobe: Teil 2

„Reform Europas

Definieren wir daher eine Ideen, unabhängig davon, wie schnell oder ob überhaupt sie umgesetzt werden können.

Vier Aufgaben sollten die Grundlage einer neuen EU Politik sein:

- Frieden in Europa
- gemeinsame Außenpolitik
- gemeinsame Verteidigung
- vier große Freiheiten (Personen, Waren, Dienstleistungen Geld)

Im Einzelnen:

Frieden in Europa muss zweiseitig gesehen werden:

- Gegen außen
- Gegen innen.

Das wichtigste Konfliktpotential, das sei Napoleon Europa schwächte, ist das zwischen Deutschland und Frankreich, das zulasten Deutschlands (Euro gegen DM) wohl endgültig beseitigt sein dürfte [. . .]

Mitteleuropa

Konkret könnte man sich vorstellen, dass jene Länder, die jahrhundertelang zusammen waren, sich in einem gemeinsamen Mitteleuropa-block innerhalb der EU zusammenschließen, um dort in wichtigen Fragen mit einer Stimme zu sprechen. Es handelt sich dabei nämlich um Länder, die ihre Traditionen, ihre Kulturen und ihre Religionen nicht aufgegeben haben und daher zunehmend die Multikulti-Politik, die viele in Brüssel bevorzugen, ablehnen. Es wäre also geboten, eine gemeinsame mitteleuropäische Gruppe zu entwickeln, die eine starke Stimme für ein Vaterland der Vaterländer gegen die Einheitsbestrebungen Deutschlands und Frankreichs bildet. Frieden in Europa bedeutet jedoch nicht nur die Positionen der Länder untereinander zu festigen, sondern vor allem auch die innere Sicherheit [. . .]

Der Staat hat sein Gewaltmonopol aufgegeben

Wir müssen die Menschenrechts- und Asylgesetzgebung dahingehend erweitern, dass es für Staaten, die keine Flüchtlinge mehr auf nehmen können und wollen, ein *Notwehrrecht* (Hervorhebung der Red.) gibt. Genau das Gegenteil fordert jedoch der globale Pakt für Migration (Marrakesch Format) der UNO, die Flüchtlinge, wann und aus welchem Grund immer sie wollen, die Blankoeintrittskarte nach Europa gibt. Hier muss ein neues Europa vehement gegensteuern . . .“

Für all jene, die auch jetzt noch in ihren alten Schwermer-Erinnerungen schwelgen wollen, gibt es einen kleinen Trost: Das erst 1954 eröffnete Café Schwermer in Bad Wörishofen im Allgäu befindet sich auch weiterhin im Besitz der Gründerfamilie und erinnert nicht nur durch seinen Namen an die guten Königsberger Zeiten: Baumkuchen gibt es hier noch immer nach einem alten Familienrezept! Andere Confiseriewaren hat man allerdings zuletzt nicht mehr selbst hergestellt, sondern aus der nahen Fabrik Schwermer bezogen. Zwar ist die ostdeutsche Küche auch sonst leider fast vollständig aus dem Angebot des wegen des bisher guten Zuspruchs recht groß gewordenen Cafes“ verschwunden, doch wird man in dessen „Königsberger Ecke“, dem ältesten und wohl kleinsten Teil des Hauses, sicher auch weiterhin eine gemütliche Zeit verbringen können.

Thomas W. Wyrwoll

In der Dezember-Ausgabe des VAdM-Kuriers bringen wir einen längeren Beitrag von Thomas W. Wyrwoll:

Ende einer ostpreußischen Legende:

„Schwermer“, einst Weltmarktführer für Königsberger Marzipan, wird nach der Übernahme durch den Meinl-Konzern abgewickelt.

zu dem Königsberger Cafe „Schwermer“ und der Odyssee des Marzipans aus Ostpreußen in die bayerische Provinz.

hk

Auszug aus der *Jungen Freiheit* vom 30.10.2020

„Brutale Verdrängung
Nach 1920 betrieb Polen in den früheren preußischen Provinzen Posen und Westpreußen mit Drangsalierungen und Enteignungen eine gezielte „Entdeutschungspolitik“
Matthias Bäkermann

Zwischen den westpreußischen Städten Marienwerder und Graudenz liegen etwa dreißig Kilometer. Während sich aber in Marienwerder im Frühling 1920 alles auf die Volksabstimmung über den Verbleib beim Deutschen Reich im Juli vorbereitete, ist diese Entscheidung für das etwas südlichere Graudenz bereits ein Jahr zuvor in Versailles getroffen worden – zugunsten Polens.

Dessen ungeachtet wurden Anfang Mai in der zu 85 Prozent von Deutschen bewohnten Stadt am östlichen Weichselufer Plakate geklebt, die eine Rückgliederung auch dieses Teils von Westpreußen an Deutschland forderten. Die seit dem Frühjahr 1920 in Graudenz das politische Regiment verantwortenden Polen reagierten jedoch sofort mit großem Eifer gegen diese Protestaktion. Nach raschen Ermittlungen wurden 25 Verdächtige festgenommen, 17 von ihnen (fast alle Gewerkschaftler und Genossen der örtlichen USPD) nach Thorn geschafft, dort standrechtlich abgeurteilt und am 25. Mai erschossen.

„Das polnische Land ist für die Polen bestimmt“

Nicht nur diese Episode bewies den Deutschen in den laut Versailler Vertrag an Polen abgetretenen Provinzen Posen und Westpreußen, daß mit ihren neuen Herren nicht gut Kirschen essen war und sie Opfer einer hemmungslosen Volkstumspolitik zu werden drohten. Zuvor hatte bereits der spätere polnische Religions- und Bildungsminister Stanislaw Grabski auf einer Großkundgebung in Posen 1919 die Absicht verkündet, den Prozentsatz der Deutschen in der Provinzmetropole von zwanzig auf 1,25 zu senken: „Das fremde Element wird sich umsehen müssen, ob es sich anderswo besser befindet. Das polnische Land ist ausschließlich für die Polen bestimmt!“

Während in der preußischen Provinz Posen bereits vor 1918 mehrheitlich Polen lebten und nur in den Grenzbereichen zu Schlesien, Brandenburg und im Norden entlang der Netze die deutschsprachige Bevölkerung dominierte, war die Situation in der neuen polnischen Provinz Pommerellen (Województwo pomorskie) völlig anders. Hier waren die Deutschen mit etwa 50 Prozent in der relativen Mehrheit, der Rest teilte sich zwischen Polen und Kaschuben auf. Der kleine slawische Volksstamm, der seit Jahrhunderten westlich von Danzig bis zur hinterpommerschen Ostseeküste lebte, wurde allerdings von den polnischen Verhandlungsführern um Roman Dmowski in Versailles ebenso wie die Masuren in Ostpreußen als „unbefreite Polen“ geführt. Immerhin erwies sich im fast einstimmigen Abstimmungsergebnis für Deutschland zumindest bei den Masuren Dmowskis Wunschtraum als völlig trügerisch (JF 29/20). Ansonsten stellten Polen nur in einigen Landkreisen (Michelau, Preußisch Stargard oder Konitz) die Mehrheit.

Nachdem im Februar 1920 die zwischen Netze und Weichsel stehenden deutschen Grenzschutzverbände der Freikorps abrückten, konnte die polnische Administration das in Versailles zugesprochene neue Land bis hin zur Ostsee in Besitz nehmen. Lediglich wegen des Einspruchs des englischen Premierminister Lloyd George wurde Danzig und sein Umland mit seiner fast ausschließlich deutschen Bevölkerung ausgenommen, obwohl sowohl Polen als auch Frankreich bis zum Schluß der Pariser Vorortverhandlungen im Mai 1919 auf die Abtretung der alten Hansestadt an Polen insistierten. Die Übernahme der Verwaltung führte, zusammen mit den aufgelösten preußischen Garnisonen, zu einer ersten Abwanderungswelle von mehreren zehntausend Deutschen ins Deutsche Reich, denn die Verantwortlichen in den Ämtern wurden beinahe komplett ausgetauscht.

Damit wurde aber lediglich der Startschuß für eine systematische „Entdeutschung“ (odniemczenie) gegeben. Dem der polnischen Regierung auf Verlangen der Siegermächte, insbesondere von US-Präsident Woodrow Wilson, abgetrotzten Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 wurde vielfach nicht entsprochen. Auch wenn sich die ehemaligen Reichsangehörigen nun durch eine Option für Polen staatsbürgerlich neu auszurichten hatten, schützte dieser Schritt nicht vor Drangsalierungen. Der deutsche Haus- und Grundbesitz wurde durch verschiedene Zwangsmaßnahmen wie Liquidation oder Einsetzen von Zwangsverwaltern in polnische Hand gebracht. Allein in der kurzen Zeitspanne von 1925 bis 1927 wurden 4.000 Güter enteignet (während der gesamten „Germanisierungspolitik“ unter Bismarck wurden vier Güter aus polnischem Besitz enteignet). Deutschen Unternehmern wurden die Verträge gekündigt, sie wurden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen oder die Lieferung von Rohstoffen oder Kohle zum Heizen wurde auf Weisung der Behörden ausgesetzt. Ein deutsches Schulsystem wurde nur sporadisch geduldet, der größte Teil der später in Polen verbleibenden Deutschen war gezwungen, polnische Schulen zu besuchen. In seinem Werk „Pommerellen Westpreußen 1919–1939“, München 1989) hatte der 1925 in Bromberg geborene Hugo Rasmus die vielfachen Schikanen und Übergriffe akribisch aufgezeichnet. Im Jahr 1930 hatte bereits der Danziger Politiker Hermann Rauschning eine detaillierte Zusammenstellung der polnischen Repressionspolitik gegenüber der deutschen Minderheit aufgestellt („Die Entdeutschung Westpreußens und Posens“, Berlin 1930).

Schlimmer noch waren aber die offen feindlichen Übergriffe – zuerst gegen frühere deutsche Funktionsträger wie Gemeindevorsteher oder Stadträte und die Institutionen der evangelischen Kirche, deren Besitz enteignet wurde. Auch gewöhnliche Deutsche wurden bald Opfer willkürlicher Verhaftungen, Mißhandlungen auf offener Straße, Plünderungen und Hausdurchsuchungen. In Lissa in der früheren Provinz Posen kam es sogar zu regelrechten Pogromen: „Schlagt Juden und Deutsche tot“, tobte dort der Mob, die polnischen Arbeiter der dortigen Waggonfabrik erzwangen die Entlassung aller deutschen Kollegen. Überführte Mörder an Deutschen wurden später sogar freigesprochen. Der nicht selten auch vom katholischen Klerus angestachelte Haß richtete sich nicht nur gegen Deutsche, sondern auch gegen Juden, die meist in der städtischen Kultur eine höhere Stellung einnahmen. „Wenn ein Deutscher oder Jude es wagt, irgend etwas gegen den polnischen Staat zu sagen, so bindet ihn mit Stricken und schleift ihn durch die Straßen“, rief der Landrat (Starost) von Kulm die Menge auf dem dortigen Marktplatz auf.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Innerhalb weniger Jahre führten die Repressionen und Verfolgungen zu einer massenhaften Abwanderung der Deutschen. Von etwa 1,3 Millionen auf dem Territorium der Polen zugeschlagenen Gebiete in Posen und Westpreußen blieben 1925 nur etwa 350.000 zurück. Besonders in den Städten erfolgte im Vergleich zum letzten Zensus 1910 teilweise ein kompletter Bevölkerungsaustausch, in Bromberg sank der Anteil der deutschsprachigen Bewohner von 77 auf 12 Prozent, in Graudenz von 85 auf 11 Prozent, in Dirschau von 62 auf 13 Prozent und in Thorn sogar von 66 auf 6 Prozent.

Innerhalb weniger Jahre führten die Repressionen und Verfolgungen zu einer massenhaften Abwanderung der Deutschen. Von etwa 1,3 Millionen auf dem Territorium der Polen zugeschlagenen Gebiete in Posen und Westpreußen blieben 1925 nur etwa 350.000 zurück. Besonders in den Städten erfolgte im Vergleich zum letzten Zensus 1910 teilweise ein kompletter Bevölkerungsaustausch, in Bromberg sank der Anteil der deutschsprachigen Bewohner von 77 auf 12 Prozent, in Graudenz von 85 auf 11 Prozent, in Dirschau von 62 auf 13 Prozent und in Thorn sogar von 66 auf 6 Prozent.

Diese Entwicklung war ganz im Sinne der polnischen Regierung unter den Premiers zwischen 1920 und 1923, Wladyslaw Grabski bis Wladyslaw Sikorski. Denn nicht nur für die einflußreiche Nationaldemokratische Partei (Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne) des vom chauvinistischen polnischen Westgedanken beeinflußten Roman Dmowski war der „Repolonisierungsprozeß“ in den ehemals preußischen Provinzen nur eine „Wiedergutmachung für historisches Unrecht“. Die in diesem Gebiet ansässigen Deutschen verdankten ihre Existenz ohnehin nur der Stärke einer „germanisierenden Politik des preußischen Staates“, seien somit nur ein „angeschwemmtes Element“ (element naplywowy). Durch eine systematische ethnische Säuberung im Zuge der „Entdeutschung“ sei dieser Mißstand nun geradezurücken. Diese Ansichten wurden in der gesellschaftlichen und politischen Führung Polens übereinstimmend befürwortet.

Großangelegte polnische Ansiedlungsprogramme

Gleichzeitig startete die Regierung in Warschau ein nationales Besiedelungsprogramm vor allem in der Provinz Pommerellen. Junge Polen wurden dazu aufgerufen, in den Städten leichten Besitz zu ergreifen. Selbst in zuvor eher dünn besiedelten Gebieten wie der Tucheler Heide wurden Tausende Polen angesiedelt, um das während des Ersten Weltkrieges forstwirtschaftlich vernachlässigte und dem Borkenkäfer anheimgefallene riesige Waldgebiet wieder aufzuforsten. Mit diesen Maßnahmen schuf man sogleich festere „Volkstumsbrücken“ bis an die Ostsee, wo beim kaschubischen Fischerort Putzig am 10. Februar 1920 General Józef Haller mit Vertretern der Regierung, hohen Offizieren, katholischen Würdenträgern und Künstlern in einer patriotischen Zeremonie die „Vermählung Polens mit dem Meer“ vollzog, wobei er mit hohem Pathos einen Platinring in die Danziger Bucht warf. Etwas südlich davon wurde aus dem Symbol handfeste Realität, indem das kleine Dorf Gdingen in Konkurrenz zu Danzig zu einer modernen Hafenstadt ausgebaut wurde, in der bis Ende der dreißiger Jahre 115.000 Menschen lebten, die aus allen Teilen Polens an die Ostsee strömten.

Die gespaltenen Wurzeln der EU: Alcide DeGasperi

Alcide DeGasperi wurde in Pieve Tesino im Valsugana-Tal in Welschtirol am 3. April 1881 geboren. Nach seinem Wiener Philosophiestudium schlug er sich als Redakteur durch: Schon 1911 wurde er in das österreichische Parlament gewählt und erkämpfte sich auch ein Mandat im Innsbrucker Landtag: Hier kümmerte er sich um die Belange der italienischen Minderheit im noch österreichischen Trient. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs brachte er die Forderung der Trientiner vor, sich Italien anzuschließen. Nachdem sein Streben erfüllt war, schloß er sich der Volkspartei (Partito popolare) an.
Weniger bekannt ist, daß DeGasperi sich in den letztem Kriegsjahr (1918)– trotz seiner Wiener Zeit – zu einem glühenden *Nationalisten* – heute würde man diese politische Haltung als Rechtspopulist etikettieren – mauserte. Auf diesen politischen Lebensabschnitt DeGasperis – heute gilt er mit Konrad Adenauer und Robert Schuman als einer der „Väter der europäischen Einigung“ – geht Reinhard Olt, langjähriger Korrespondent der FAZ in Wien – in einem Artikel für *Unser Mitteleuropa* (11. Oktober 2020) ein.

> „Nichts von dem, was der einstige Ministerpräsident Luigi Luzzatti nach der Unterzeichnung des Friedensdiktats von St. Germain (10. September 1919) im römischen Parlament sagte – *»Es muß eine Ehrenpflicht für die Regierung und für das Parlament sein, den Deutschen, die nur wegen der absoluten Notwendigkeit, unsere Grenzen verteidigen zu können, angegliedert wurden, ihre autonomen Einrichtungen zu bewilligen« Alcide DeGasperi*– wurde zugestanden. Im Gegenteil: selbst die trientinischen (Welsch-)Tiroler Reichsratsabgeordneten Enrico Conci und Alcide DeGasperi – er sollte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als den Südtirolern wiederum die Selbstbestimmung verweigert wurde, abermals eine verhängnisvolle Rolle spielen – schlugen Töne an, welche sich nicht im geringsten von jenen der Schwarzhemden *(den Faschisten Mussolinis. Anm. der Red.)* unterschieden. So schrieb DeGasperi in einem Artikel unter dem Titel „Tirolo addio“, der am 4.12.1918 in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Il Nuovo Trentino“ erschien: *„Tiroler, euer Leben war unser Tod, nun wird unser Leben euer Tod sein.“*

Für die Südtiroler folgte eine Martyrium ohne Ende: „Ersatz gewählter Ortsvorsteher durch faschistische Amtsbürgermeister, [der] Austausch des für Sicherheit und Ordnung zuständigen Personals sowie [die] Kujonierung von Medien und Kultureinrichtungen, schließlich [die] Errichtung des unsäglichen »Siegesdenkmals«“ (R. Olt).

Auch wenn Rom das „Autonomie-Statut“ zum Bestandteil der italienischen Verfassung erklärte – dazu war Italien völkerrechtlich verpflichtet – hebelte man die Autonomie Südtirols aus, indem man die Provinz Bozen-Südtirol mit Trient zu einer Region Trentino-Alto Adige zwangsvereinigte:

„Dieser Trick des verschlagenen Trientiners DeGasperi führte die Majorisierung der deutschen und der ladinischen Volksgruppe durch die italienische herbei, die im Trentino absolut dominant war“ (R. Olt).

Auf diese „gespaltenen Wurzeln“ der *europäischen Einigung* werden wir im Dezember-Kurier zurückkommen.

Herbert Karl

Erinnern

Erinnerung an Adam Müller-Guttenbrunn
Teil 6

von Dieter Michelbach M.A.
Adam Müller-Guttenbrunn (AMG) fasste 1888 in einem "Trutzbüchlein" "nationalempfundene" Dichtungen lebender Dichter seiner Zeit (Adam Müller-Guttenbrunn: Trost- und Trutz-Büchlein des Deutschen in Oesterreich gesammelt und herausgegeben von Gustav Pawikowski und Adam Müller-Guttenbrunn, Leipzig, Verlag von A.G. Liebeskind 1888) unter folgender Zielsetzung zusammen: [...]

> *"Die harten Prüfungen, die über das Deutschthum in Oesterreich gekommen sind, haben unseren Nationalstaat gekräftigt. [...]* Wo immer sich deutsche Männer in Oesterreich versammeln *[...]* nie fehlt die Stimme der Dichtkunst in ihrem Kreise; *[...] überall spricht die Begeisterung der Dichter für unser Volksthum mit. [...] diese Dichtungen [...] sind ein stolzes Nationalgut der Deutschen in Oesterreich [...]."* (Vorwort)

Durch diese Textsammlung nimmt AMG vorweg, was ein Jahrhundert später "Die Sprache als Identitätsraum" bezeichnet wird und ein Zitat in deutscher Sprache von Rose Ausländer verfasst „Schreiben war Leben. Überleben“ prägend für vertriebene Menschen und Autoren wurde, die in der deutschen Sprache ein Zuhause gefunden haben (vgl.: Dr. Andras F. Balogh: Deutsche Identitätsvarianten im Donau Karpatenraum im 19. und im 20. Jahrhundert. Donau-Institut Working Paper No. 33, 2014. S. 13-14). Sprache konstruiert Identität:

> *"Dieser Blick auf die Selbstwahrnehmung bestand darin, dass die Herkunft und die Einwanderung zum konstituierenden Motiv der Identität gemacht wurden, die Verwurzelung in die Landschaft betont wurde und die Eigenständigkeit im ökonomischen Leben zum Grundpfeil der Identität erkoren wurde. Adam Müller-Guttenbrunn prägte als erster diese Denkweise, die die Herkunft als das wichtigste Moment in einer Nation postulierte. [...] (*Dr. Andras F. Balogh, S 18.).

Auf eine besondere Vielfalt der deutschen Identitätsvarianten im Donau-Karpatenraum wird verwiesen und darauf, daß die Schriftsteller der letzten beiden Jahrhunderte diese Identitäten prägten Dr. Andras F. Balogh, S 19.).

(Fortsetzung folgt)

Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten
Teil 7

Weder das von der alliierten Blockade geschwächte Deutsche Reich noch die sich etablierende Sowjetunion waren an einem Exodus der deutschen Bauern interessiert:

> *„Auch die Volkskommissare hatten triftige Gründe, die deutsche Minderheit in ihren traditionellen Siedlungsgebieten zu halten. Vordergründig wirkten ideologische und propagandistische Prämissen: Gegenüber dem »Völkergefängnis« des Zarenreichs präsentierte sich die neue Macht als Patronin aller Nationalitäten, die unter dem alten Regime zu leiden hatten. Rein materiell handelte es sich um die pragmatische Einsicht, dass ohne Brot selbst das vollkommenste Staatswesen dem Tode geweiht war“ (Dalos, S. 92f.).*

In der Anm. 16/S. 304 verweist Dalos anschließend darauf, daß unter dem Druck der Donaumonarchie, unter Federführung des im Nachgang *äußerst umstrittenen* Außenministers, des Böhmen Ottokar Graf Czernin, und *gegen* den Willen des Deutschen Reiches ein *Separatfrieden mit der Ukraine* geschlossen wurde: Im Gegenzug sollte diese Österreich-Ungarn eine Million Tonnen Getreide liefern; Czernin in seinen Memoiren: »Der Friede mit der Ukraine ist unter dem Drucke der ausbrechenden Hungersnot zustande gekommen . . .«
Eine solche vor Augen, konnten nicht einmal die Bolschewiki sich der Realität widersetzen.
Durch das Versprechen einer »Autonomie auf sowjetischer Basis« sollten die Deutschen in den sowjetischen Produktionsprozeß eingespannt werden: Die beiden „Berufsrevolutionäre“, die so genannten »Germanen« Ernst Reuter und Karl Petin, sollten mit einem zugeordneten *Wolgagebietskommissariats* für deutsche Angelegenheiten, „im Grunde eine kommunistische Version des »Kontors der Vormundschaft« in Saratow auf die Beine stellen“. Unter Federführung des Moskauer Volkskommissariats *für* Nationalitätenfragen sollte das Kommissariat einen *Kongreß der Räte der Kolonisten* konstituieren und die Gründung lokaler Exekutivkomitees auf Kreis- und Landkreisebene organisieren (Dalos, S. 93).
Am 18. Oktober 1918 erließ der Rat der Volkskommissare ein *Dekret* über den Oblast (Landkreis) des Wolgagebiets: Dieser sollte in Zukunft in »Deutsche Arbeitskommune« umbenannt werden (ebd.).
(Fortsetzung folgt)
Herbert Karl

Auszug: Preußische Allgemeine Zeitung Nr. 47, 20. November 2020, S. 9

„**KÖNIGSBERG**

Die historische Mitte der Stadt

Wo heute das Kaliningrader „Haus der Räte“ steht, stand einst das Königsberger Schloss

Im Jahre 1255 zog der Deutsche Orden unter Führung des böhmischen Königs Ottokar II. zur Unterwerfung des prußischen Samlands Richtung Nordosten. An der Stelle der eroberten Feste Tuwangste wurde eine neue Burg gegründet, die zu Ehren des Böhmen den Namen „Königsberg“ erhielt. Schnell richtete der Orden diese zum Mittelpunkt des noch zu erobernden Prußenlandes ein. Als Sitz des Obersten Marschalls, des Heerführers des Ordens, erfolgte bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts ihr Ausbau zu einer der elegantesten spätgotischen Anlagen Nordosteuropas, in der sich Fürsten und Ritter ganz Europas zu Kriegszügen ins noch heidnische Litauen trafen.

Mit dem Verlust der Marienburg 1457 an Polen und der Übersiedlung des Hochmeisters nach Königsberg wurde die Stadt zur Kapitale des dem Orden verbliebenen Staates. Einen erneuten geistig-kulturellen Aufstieg erlebte sie unter dem fränkischen Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Dieser konnte 1525 sein geschwächtes Land nach Gesprächen mit Martin Luther und mit Einverständnis des polnischen Königs in ein Herzogtum umwandeln. Preußen wurde der erste protestantische Staat. Die mittelalterliche Burg ließ der nun zum Herzog avancierte Albrecht unter Heranziehung vor allem süddeutscher Künstler im Stil der Frührenaissance umgestalten, mit eleganten Balkendecken, Sgraffitofassaden und einer reichen Ausstattung. Herzog Georg Friedrich ließ Ende des 16. Jahrhunderts den neuen Westflügel mit der Schlosskirche und dem riesigen Moskowitersaal errichten.

Residenzschloss der Hohenzollern

1618 kam es durch Erbfall zur Personalunion Brandenburg-Preußens. Die brandenburgischen Kurfürsten hielten sich stets auch in ihrem östlichen, nicht vom Dreißigjährigen Krieg berührten Land auf. Königsberg erlebte eine neue Blüte. Vor allem der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm wandte sich der Neuausstattung zu, nunmehr im Stil eines frühen Barocks – noch vor seiner Bautätigkeit in und um Berlin.

Als der Kurfürst die polnische Lehnshoheit über das Herzogtum abschüttelte, schuf er die Grundlagen für den Erwerb der Königswürde durch seinen Sohn Friedrich III./I. Dessen Selbstkrönung am 18. Januar 1701 in Königsberg war einer der hohen Tage der Geschichte jenes Staates, der nunmehr den Namen seines östlichen Landes annahm: Preußen.

Der König entschloss sich – wie in Berlin – zum Umbau des Königsberger Schlosses. Teile des Ostflügels wurden abgebrochen und mit den Arbeiten zu einem großen Barockflügel begonnen. Doch die wirtschaftliche Lage verhinderte, dass nach des Königs Tod 1713 unter seinem sparsamen Sohn Friedrich Wilhelm I. weitergebaut wurde. Im 18. Jahrhundert erlebte das Schloss seinen Niedergang. Verwahrlosung sorgte für den Verlust nahezu der gesamten älteren Ausstattung. Die Könige lebten bei ihren seltenen Reisen zumeist in einem Adelspalais. Allein während des Siebenjährigen Krieges wurden Räume unter der russischen Besatzung als Sitz des Gouverneurs verschönert.

Erst unter Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise wurden Königsberg und sein Schloss noch einmal Zentrum des preußischen Staates, als sich zwischen 1806 und 1809 der vor Napoleon geflohene Hof hier aufhielt und von hier die Stein-Hardenbergschen Reformen wie die Befreiung von der französischen Fremdherrschaft ihren Ausgang nahmen. Baulich war im 19. Jahrhundert die Errichtung einer Turmspitze 1864/65 die auffälligste Veränderung.

Nachdem das Schloss 1918 seine Residenzfunktion verloren hatte, wurde es zu einem bedeutenden Landesmuseum. Legendär war das Weinlokal Blutgericht in gewölbten Kellern. Ansonsten wird das Schloss im 20. Jahrhundert oft mit dem Bernsteinzimmer in Verbindung gebracht, das 1941 in Zarskoje Selo bei St. Petersburg „sichergestellt“ und hier eingebaut worden war und seit seiner Auslagerung gegen Ende des Krieges wie fast alle anderen Sammlungen als Kriegsverlust gilt.

Britische Luftangriffe im August 1944 und die Kämpfe um die Stadt 1945 legten das Schloss in Schutt und Asche. Ende der 1960er Jahre wurden die Reste gesprengt.

Wulf D. Wagner

Der Autor ist Verfasser des Werks „Das Königsberger Schloss. Eine Bau- und Kulturgeschichte“ (Schnell & Steiner)“

Auch uns unterlaufen Fehler:

In der ersten Ausgabe unseres November-Kuriers erschien an dieser Stelle ein Rundbrief vom „Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften (VLÖ)“.
Dieser Rundbrief war vom VLÖ nicht zur Publikation freigegeben.
Wir bedauern dieses Versehen.
Im Namen der Redaktion

Herbert Karl

Bundessprecher VAdM

Winternacht.

1.
Vor Kälte ist die Luft erstarrt,
Es kracht der Schnee von meinen Tritten,
Es dampft mein Hauch, es klirrt mein Bart;
Nur fort, nur immer fortgeschritten!

Wie feierlich die Gegend schweigt!
Der Mond bescheint die alten Fichten,
Die, sehnsuchtsvoll zum Tod geneigt,
Den Zweig zurück zur Erde richten.

Frost! friere mir ins Herz hinein,
Tief in das heißbewegte, wilde!
Daß einmal Ruh mag drinnen seyn,
Wie hier im nächtlichen Gefilde!

2.
Dort heult im tiefen Waldesraum
Ein Wolf; – wie’s Kind aufweckt die Mutter,
Schreit er die Nacht aus ihrem Traum
Und heischt von ihr sein blutig Futter.

Nun brausen über Schnee und Eis
Die Winde fort mit tollem Jagen,
Als wollten sie sich rennen heiß:
Wach auf, o Herz, zu wildem Klagen!

Laß deine Todten auferstehn,
Und deiner Qualen dunkle Horden!
Und laß sie mit den Stürmen gehn,
Dem rauhen Spielgesind aus Norden!

(Nikolaus Lenau: Gedichte,
Lyrisch-epische Dichtungen,
Bukarest 1971, S. 38f.)

Nach Lenaus grauer Nacht: Kommt die Weinachtsfee

**Ich bin die kleine Weih-
nachtsfee,
ich stecke tief im dichten
Schnee,
drum schick’ ich dir aus
weiter Ferne
eine Hand voll Zaubester-
ne**

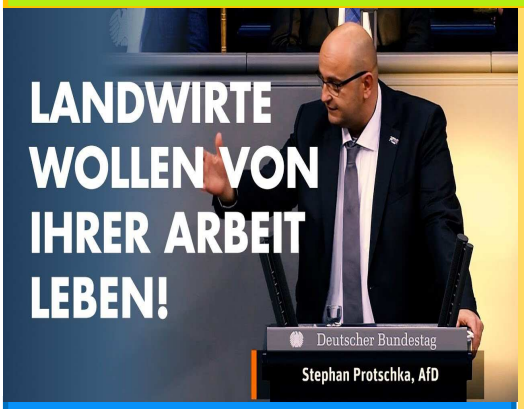
NIKOLAUS LENAU

GEDICHTE
LYRISCH-EPISCHE
DICHTUNGEN

Auswahl und Einleitung
EVA MARSCHANG

2. AUFLAGE

KRITERION VERLAG BUCUREŞTI ● 1971



HOH(L)SPIEGEL:

Bildnachweis:

Bilder S. 4 und 6: Wikipedia; Alle weiteren Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten. HK

Advent

Am Himmel Wolkenjagd, bleifarb'ge Helle,
In Frost erschauernd lag die Flur, die nackte;
Fern sah herüber spukhaft der Soracte,
Und lautlos schlich die gelbe Tiberwelle.

Ein junges Hirtenpaar, in Ziegenfelle
Gehüllt, schritt mit dem Dudelsack im Takte
Dem Tore zu, bis sie die Wache packte
Und unsanft sie hinwegwies von der Schwelle.

Erblichen ist in Rom, ihr guten Kinder,
Der Stern, der einst in Bethlehem erglommen.
Der Felsen Petri ward zur schroffen Klippe.

Und pochtet ihr am Vatikan, noch minder
Wär' dort die Mahnung an den Stall willkommen,
Wo einst das Heil der Welt lag in der Krippe.

Paul Heyse
*(*15.03.1830, †02.04.1914)*

Buchempfehlung

Weinempfehlung

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de